

Mitteln den Status quo der Grenzen zwischen Sozialismus und Imperialismus beseitigen. Die daraus resultierende antisozialistische Konfliktpolitik kann nichts an der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems ändern. Sie bewirkt jedoch eine Erhöhung der Spannungen und bedroht die europäische Sicherheit.

Die eben zitierten Äußerungen lassen erkennen, daß keineswegs mit dem formellen Verzicht auf den direkten militärischen Angriff gegen die europäischen sozialistischen Staaten (dem Verzicht auf die antiquierte „Politik der Stärke und des kalten Krieges“) die alte antikommunistische Grundzielsetzung des Imperialismus in Europa aufgegeben worden ist. Es wird sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der amerikanische und westdeutsche Imperialismus die Existenz der sozialistischen Staaten Europas nicht akzeptieren, sondern sie nach wie vor zu beseitigen trachten. Der Imperialismus sah sich jedoch gezwungen, seine Angriffskonzeption gegen den Sozialismus zu ändern.

Diese modifizierte Strategie besteht vor allem darin, daß die USA nicht mehr die unmittelbare militärische Eroberung der DDR (die sogenannte Wiedervereinigung nach ihrem Konzept) als ersten Schritt ihrer antisozialistischen Politik proklamieren. Anfang Oktober 1966 erklärte Johnson, die USA müßten in Europa an drei Fronten vorankommen:

1. Stärkung der imperialistischen Aggressionsinstrumente durch eine Konsolidierung des NATO-Bündnisses, um eine starke Ausgangsstellung der „neuen“ Politik zu schaffen;
2. Festigung der wirtschaftlichen und politischen Integrationsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten Westeuropas, um die Positionen ihres Hauptverbündeten, des westdeutschen Imperialismus, weiter zu stärken und ihn dadurch geneigter zu machen, den auf längere Sicht berechneten strategischen Plan der USA in der Politik gegenüber den europäischen sozialistischen Ländern zu akzeptieren;
3. Einleitung einer zwischen allen NATO-Verbündeten koordinierten „neuen Ostpolitik“, um mit der Anwendung flexibler Praktiken der Außenpolitik eine ökonomische Unterwanderung und politisch-ideologische Aufweichung einiger geeignet erscheinender sozialistischer Staaten zu erreichen.

Die gegen die DDR gerichtete annexionistische Zielsetzung des westdeutschen und amerikanischen Imperialismus hat damit auch nicht die geringste Abschwächung erfahren. Es sind lediglich Pläne eines umfassenden subversiven Vorgefehchts in anderen sozialistischen europäischen Staaten entwickelt worden, um — als Voraussetzung des Angriffs auf die DDR — die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Handelns zu erschüttern.

So empfahl Brzezinski, „die Osteuropäer zu überzeugen, besonders die Tschechen und Polen, daß die Existenz Ostdeutschlands ihre Freiheit einschränkt, ohne daß dadurch ihre Sicherheit vergrößert wird. ... Um den osteuropäischen Einsatz in Ostdeutschland zu unterminieren, muß der Westen scharf zwischen seiner Haltung gegenüber Ostdeutschland und dem Rest von Osteuropa differenzieren. Bezüglich Ostdeutschland muß die Politik die der Isolierung sein, gegenüber Osteuropa die eines friedlichen Engagements auf ökonomischem, kulturellem und letztendlich politischem Gebiet.“ Er sagte weiter, daß die wirtschaftlichen Bindungen mit den osteuropäischen Staaten, von denen er die Sowjetunion ausnimmt, „eng mit extensiveren kulturellen und sozialen Kontakten gekoppelt sein müssen“. Ganz abgesehen vom illusionären Charakter solcher Empfehlungen offenbaren sie eine bestimmte strategische Überlegung: die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft zu erschüttern, um einzelne ihrer Glieder, insbesondere aber die sozialistische DDR, aus ihr herauszuberechnen.